



Berner, Heiko/Pausch, Markus

## **Extremismusprävention durch Förderung sozialer und demokratischer Resilienz**

SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (2/2025), 29-40.

doi: 10.7396/2025\_2\_C

*Um auf diesen Artikel als Quelle zu verweisen, verwenden Sie bitte folgende Angaben:*

Berner, Heiko/Pausch, Markus (2025). Extremismusprävention durch Förderung sozialer und demokratischer Resilienz, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (2), 29-40, Online: [https://dx.doi.org/10.7396/2025\\_2\\_C](https://dx.doi.org/10.7396/2025_2_C) .

© Bundesministerium für Inneres – Sicherheitsakademie / Verlag Österreich, 2025

Hinweis: Die gedruckte Ausgabe des Artikels ist in der Print-Version des SIAK-Journals im Verlag Österreich (<https://www.verlagoesterreich.at/>) erschienen.

Online publiziert: 7/2025

# Extremismusprävention durch Förderung sozialer und demokratischer Resilienz

Dieser Beitrag widmet sich der Primärprävention von gewalttätigem, anti-demokratischem Extremismus mit einem besonderen Fokus auf Radikalisierung von Jugendlichen in Europa. Extremismusprävention hat sich in den letzten Jahren ausdifferenziert. Neben sicherheitspolitisch geprägten Interventionen, wie Strafverfolgung oder Gefahrenabwehr von außen, kommen zunehmend auch soziale Interventionen zur Anwendung. Diese haben das Ziel, dem Aufkommen von Extremismus innerhalb unserer Gesellschaften entgegenzuwirken. Wir argumentieren, dass die Förderung von sozialer und demokratischer Resilienz Jugendliche davor bewahrt, sich anti-demokratisch zu radikalisieren. Soziale Resilienz zielt auf gesellschaftliche Inklusion, demokratische Resilienz auf politische Teilhabe ab. Wir beschreiben anhand von drei ausgewählten primärpräventiven Maßnahmen, die wir im Zuge verschiedener EU-Projekte mitentwickelten oder evaluierten, wie eine solche Resilienzförderung konkret umgesetzt werden kann. Die Maßnahmen wurden bzw. werden in den Städten Stuttgart/Deutschland („Trick 17“), Salzburg/Österreich („Streusalz“) und Toulouse/Frankreich („Jugendrat“) durchgeführt. Abschließend ziehen wir allgemeine Schlüsse für die Konzipierung geeigneter Maßnahmen.

## 1. EINLEITUNG

Nach den wiederholten dschihadistischen Terroranschlägen seit Anfang der 2000er Jahre haben viele EU-Länder nationale Strategien zur Bekämpfung von Radikalisierung und Extremismus ausgearbeitet, die traditionelle Strafverfolgungs- und Präventionsansätze integrieren (für Österreich: vgl. BMI 2018). Verantwortlich für diese Strategien zeichnen üblicherweise die nationalen Innenministerien. Obwohl Sicherheit unterschiedliche Bedeutungen einnehmen kann (vgl. Daase 2010), folgen die Ansätze von Präventionsarbeit hier oft einem Verständnis, das sich aus der Logik der Gefahrenabwehr speist (vgl. Hamm

2021). Dieser Umstand wird mit dem Begriff der Versicherheitlichung beschrieben (vgl. Fischer 2021).

Immer öfter konzentrieren sich die Präventionsbemühungen gegen Extremismus jedoch nicht nur auf die Gefahrenabwehr, sondern auch auf soziale Aspekte, die den Zusammenhalt der Bevölkerung betreffen. Dieser Trend resultiert aus einem gegenläufigen Phänomen zur Versicherheitlichung: der Diversifizierung der an Extremismusprävention beteiligten Akteurinnen und Akteure. So stellen Armbrorst u.a. fest, dass „die Grenzen zwischen Zivilgesellschaft und staatlicher Gefahrenabwehr zunehmend verschwim-



**HEIKO BERNER,**  
*ist Leiter des Studiengangs MA Soziale Innovation und Senior Researcher am Department Angewandte Sozialwissenschaften der FH Salzburg.*



**MARKUS PAUSCH,**  
*Demokratieforscher am Department Angewandte Sozialwissenschaften der FH Salzburg sowie Lehrbeauftragter an der FU Berlin.*

men“ (Armborst et al. 2018, 1). Um der Diskrepanz von sicherheitspolitischen Erwägungen und zunehmend vielfältigen Zugängen von neuen Akteurinnen und Akteuren im Feld entgegenwirken zu können, empfiehlt sich die Differenzierung des Sicherheitsbegriffs: Neben Gefahrenabwehr und Strafverfolgung kann soziale Sicherheit als Konzept gestellt werden (vgl. Berner 2022). Wir orientieren uns bei diesem Begriff an einem erweiterten Sicherheitsbegriff, der über sozialpolitisch gestaltete bzw. wohlfahrtstaatliche Absicherung hinausgeht (vgl. Kaufmann 2003) und der sich im Kontext von humanitärer oder menschlicher Sicherheit auf die generelle Verwirklichung von Menschenrechten und „ein individuelles Leben in Freiheit und Würde“ (Daase 2010, 10) bezieht, wie sie etwa in Artikel 22 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte definiert werden (vgl. UN 1948).

In jüngerer Zeit befassten sich mehrere europäische Forschungsprojekte mit der Frage, wie herkömmliche Strafverfolgung und Präventionsarbeit – sei es etwa in Form von Community Policing oder Jugend- und Sozialarbeit – zur Bekämpfung von Extremismus kombiniert werden können. Die EU-geförderten Projekte, aus denen die hier diskutierten Beispiele stammen, streben die Reflexion und Verbesserung der Zusammenarbeit verschiedenartiger Akteurinnen und Akteure an und erarbeiten aus sozialwissenschaftlicher Perspektive Maßnahmen, die einem erweiterten Sicherheitsverständnis gerecht werden können. Die Angebote zielen in erster Linie auf die Stärkung sozialer und demokratischer Widerstandsfähigkeit von Gesellschaften ab. Im folgenden Artikel werden wir drei solche Resilienz fördernden, primärpräventiven Maßnahmen vorstellen, die in verschiedenen Projekten bearbeitet wurden. Wir verwenden empirische Erfahrungen aus den Projekten Partnership Against Ra-

dicalisation in the Cities (PRACTICIES)<sup>1</sup>, Extremisms, Radicalisation and Citizenship (RAD2Citizen)<sup>2</sup> und Innovative Approaches to Urban Security (IcARUS)<sup>3</sup>. Im Zuge der Projekte waren wir jeweils an der Entwicklung von primärpräventiven Interventionen beteiligt oder evaluierten sie. Die Maßnahmen, die wir näher betrachten, sind (1.) Trick 17 in Stuttgart (IcARUS), (2.) Streusalz in Salzburg (PRACTICIES und RAD2Citizen) und (3.) ein Jugendrat in der Stadt Toulouse (PRACTICIES). Alle Angebote haben Jugendliche als Zielgruppe, auf die wir auch unseren Beitrag fokussieren. Dies stellt insofern eine Einschränkung dar, als dass sich Personen auch im Erwachsenenalter anti-demokratisch radikalieren können (vgl. Amlinger/Nachtwey 2022).

Das Ziel des Artikels liegt darin, die drei verschiedenen Präventionsmaßnahmen vorzustellen, kurz zu analysieren und schließlich allgemeine Schlüsse für primärpräventive Angebote gegen Extremismus – insbesondere für Jugendliche – zu ziehen. Wir werden die drei Maßnahmen beispielhaft entlang von theoretischen Konzepten der Primärprävention von Extremismus einordnen und allgemeine Schlüsse für präventive Angebote ziehen. Grundlage für die analytische Abgrenzung ist ein Schema, das wir im Zuge des Projekts Partnership Against Radicalisation in the Cities (PRACTICIES) entwickelten (vgl. Berner/Pausch 2020).

Im Folgenden werden wir zunächst die Begriffe Resilienz und Primärprävention genauer ausloten. Im Anschluss stellen wir die drei Maßnahmen detailliert vor. Danach fragen wir, inwiefern solche Maßnahmen zur gesellschaftlichen Sicherheit beitragen und wie sie demokratische Werte fördern können, und ziehen allgemeine Schlüsse für die Entwicklung und Umsetzung von primärpräventiven Maßnahmen gegen Extremismus.

## 2. RESILIENZ UND EXTREMISMUSPRÄVENTION

### 2.1 Soziale und demokratische Resilienz

Der Begriff Resilienz kann sich einerseits auf Einzelpersonen (vgl. Benjamin et al. 2021), andererseits auf die Resilienz von Gemeinschaften (vgl. Stephens et al. 2021) beziehen. Im Kontext von Extremismusprävention ist vor allem letztere Bedeutung relevant.

„Resilience, associated with a strength-rather than deficit-oriented perspective, becomes an attractive concept in seeking an alternative to explicitly security-driven approaches“ (Benjamin et al. 2021, 54). Anders als Benjamin u.a. argumentieren, sehen wir Resilienz nicht als Alternative zu Sicherheitskonzepten, sondern vielmehr als ein ergänzendes Konzept zur Gefahrenabwehr, dessen Ziel darin liegt, soziale Sicherheit zu fördern. Dies erfordert jedoch eine Erweiterung des Sicherheitsbegriffs. Sicherheit im Kontext von Resilienz kommt besonders in Form von gesellschaftlicher Sicherheit zum Tragen (vgl. Daase 2010). Besonders wichtig ist hier, dass Sicherheit nicht die Abwehr von äußeren Gefahren anspricht. Diese ist im gesellschaftlichen Zusammenhang eine Aufgabe der Polizei oder des Verfassungsschutzes. Gesellschaftliche Sicherheit zielt vielmehr auf die Fähigkeit der Gesellschaft ab, Gefahren, die im Inneren entstehen, zu vermeiden. Dieser Unterschied lässt sich anhand des englischen Begriffs „safety“ nachvollziehen, der sich gegenüber „security“ dadurch auszeichnet, dass er weniger auf Gefahren und Risiken abzielt, um diesen entgegenzuwirken, sondern vielmehr die Stärken und Ressourcen von Gemeinschaften in den Blick nimmt und ihre Förderung intendiert (vgl. Berner 2022). Besonders das Konzept der „community safety“ (vgl. Terras et al. 2019) ist für eine Adaption an Extremismusprä-

vention geeignet. Diese Form von Sicherheit stellt gesellschaftliche Inklusion als einen wesentlichen Bestandteil von Sicherheit heraus. Grundlegend basiert sie auf der Beobachtung, dass „engaging citizens in meaningful participation in local practices and decisions that shaped their lives led to increased participation at a community level which protected and advanced citizens’ interests within broader society“ (ebd., 40). Die zentrale Idee ist, dass Sicherheit alle Bewohnerinnen und Bewohner eines Gemeinwesens betrifft und dort das Miteinander von heterogenen Bevölkerungen gefördert wird. Dies kann beispielsweise durch eine gute Moderation von Konflikten, etwa durch Bürgertreffen in Stadtteilen, erfolgen. Aber auch die hier vorgestellten Maßnahmen fördern die soziale Resilienz (vgl. Berner 2022) der lokalen Bevölkerungen und damit soziale Sicherheit.

Als demokratische Resilienz wird in den letzten Jahren angesichts einer zunehmenden Erosion der Demokratie (vgl. Merkel 2024) die Widerstandsfähigkeit gegenüber anti-demokratischen, autoritären Tendenzen ins Spiel gebracht. Dabei geht es um die Resilienz der politischen Gemeinschaft, der demokratischen Institutionen, ihrer Akteurinnen und Akteure sowie der Bürgerinnen und Bürger. Der deutsche Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel definiert demokratische Resilienz als „die Fähigkeit eines demokratischen Regimes, externe Herausforderungen und interne Stressoren zu absorbieren und sich den wandelnden funktionalen Bedingungen demokratischen Regierens dynamisch anzupassen, ohne in einen Regimewechsel zu geraten und seine definierenden Prinzipien, Funktionen und Normen aufzugeben oder zu beschädigen“ (Merkel 2024, 343). Wir interessieren uns in diesem Artikel vorrangig für die Widerstandsfähigkeit der Bürgerinnen und Bürger gegenüber

extremistischen und autoritären Tendenzen, die in den genannten EU-Projekten im Zentrum der Interventionen standen. Die Resilienz der Bürgerinnen und Bürger wirkt – so die Annahme – auch positiv auf die Widerstandsfähigkeit von Institutionen und die politische Gemeinschaft insgesamt.

Soziale und demokratische Resilienz, so unser Argument, ergänzen einander und fördern die Primärprävention von Extremismus.

## **2.2 Prävention von Extremismus und Radikalisierung**

Unter Radikalisierung verstehen wir einen Prozess, unter Extremismus ein Phänomen, die sich beide gegen demokratische Werte bzw. Institutionen richten und sich in gewalttätigen Handlungen realisieren (vgl. Neumann 2013). Personen, die extremistische Ideologien innehaben, handeln oft nicht extremistisch und – umgekehrt – Personen, die anti-demokratische delinquente Handlungen begehen, agieren mitunter ohne ideologische Festigung (vgl. ebd.). Daher wendet sich Prävention in der Regel weniger gegen die Haltung von Personen als vielmehr gegen extremistische Äußerungen und Handlungen.

Die Begriffe Primär-, Sekundär- und Tertiärprävention stammen ursprünglich aus dem Bereich der Gesundheitsprävention. Dort verweist die Abstufung auf den Zeitpunkt der Intervention. Primärprävention, die für die hier besprochenen Maßnahmen besonders relevant ist, findet demnach im Vorfeld möglicher unerwünschter Zustände oder Akte statt (vgl. Caplan 1964). Jüngere Definitionen verstehen unter Primärprävention jedoch Interventionen, die unabhängig von Zielgruppen und von realen Gefahrensituationen ansetzen und die vielmehr die Resilienz der betroffenen Personen oder Gruppen stärken. Synonym dazu wird auch der Begriff

universelle Prävention verwendet (vgl. Gordon 1983).

Im Kontext der öffentlichen Gesundheit wurde auch das Konzept der Gesundheitsförderung entwickelt. Der Hauptunterschied zwischen Prävention und Förderung liegt in ihren Zielen: Prävention betrifft die Vermeidung unerwünschter Ereignisse (hier: Krankheit), während Förderung den (gesunden) Ist-Zustand stärkt. Übertragen auf Extremismusprävention bedeutet dies, dass Prävention Radikalisierungsprozesse zu vermeiden sucht, während Förderung Demokratie, Solidarität, Inklusion, Anerkennung und Partizipation fördert. In Anlehnung an den Begriff Gesundheitsförderung schlagen wir für diesen Typus die Bezeichnung soziale und demokratische Resilienzförderung vor. Sowohl die Resilienzförderung als auch die primäre, universelle Extremismusprävention sind sich in Zweck und Mitteln sehr ähnlich, lediglich ihre Blickwinkel – Stichwort: fördern vs. vermeiden – unterscheiden sich.

Primärprävention richtet sich also an alle Personen, die gemeinsam einen sozialen Raum gestalten. Allerdings ist nicht jede Person gleichermaßen für primärpräventive Angebote zugänglich. So wurde schon in den 1990er Jahren im Kontext von akzeptierender Jugendarbeit (vgl. Krafeld 1993) die Erfahrung gemacht, dass sich ideologisch gefestigte Jugendliche kaum von allgemeinen Resilienz fördernden Programmen erreichen lassen (vgl. Bruns 2022). Die Frage ist also, für welche Personen(-gruppen) universalpräventive Maßnahmen geeignet sind.

Dounia Bouzar (vgl. Bouzar 2017) unterscheidet in ihrer Forschung über Radikalisierungsprozesse von ISIS-Kämpferinnen und -kämpfern und dschihadistischen Terroristinnen und Terroristen sogenannte „recruiters“ und „recruits“, also Rekrutierende und Rekrutierte. In Bezug auf Polarisierung werden ebenfalls

verschiedene Arten von Akteurinnen und Akteuren beschrieben (vgl. Brandsma 2017; Pausch 2021, 273). Brandsma (vgl. Brandsma 2017) unterscheidet sogenannte Pusher, Joiner und die stille, umkämpfte Mitte. Pusher sind überzeugte Ideologinnen und Ideologen. Sie haben die Absicht, noch nicht überzeugte Personen zu gewinnen. Im Bereich der Polarisierung treten sie in der Regel offen bzw. öffentlich auf und versuchen so, Menschen von sich und von ihren polarisierten Positionen zu überzeugen. Anders agieren ideologisierte Anwerberinnen und Anwerber im Bereich des Extremismus. Sie treten eher verdeckt auf und versuchen Joiner für ihre Sache zu gewinnen. Die stille Mitte ist unentschlossen, wird aber zunehmend zu einer Positionierung genötigt (vgl. Pausch 2021, 274).

Die Beispiele zeigen, dass Radikalisierungsprozesse nicht aus einer Gruppe heraus, ohne Einfluss von außen entstehen. Es handelt sich um top-down-gesteuerte Prozesse, bei denen Anwerbende oder Pusher versuchen, Einfluss auf potenzielle Anhängerinnen und Anhänger zu nehmen. Dies kann im virtuellen Raum oder vor Ort geschehen, wie z.B. in Jugendzentren, in der Schule oder anderen Peer-to-Peer-Settings (siehe Beispiel akzeptierende Jugendarbeit), oder durch (politische, religiöse) Vereinigungen (vgl. Schils/Verhage 2017). Dies bedeutet, dass primärpräventive Maßnahmen ihre Wirkung entfalten können, wenn sie potenzielle Rekrutierte bzw. die stille Mitte ansprechen, um ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Anwerberinnen und Anwerbern zu stärken.

Im Projekt PRACTICIES, das sich der Prävention von anti-demokratischer, gewalttätiger Radikalisierung widmete, entwickelten wir eine Typologie von Präventionsmaßnahmen. Diese unterscheidet vier Formen (vgl. Berner/Pausch 2020):

1. Information und Bewusstseinsbildung
2. Dialog und Empowerment

### 3. Mitsprache und Partizipation

#### 4. Netzwerke und soziales Kapital

Ad 1.: Partizipation am demokratischen Miteinander ist nur möglich, wenn die Menschen von Angeboten wissen und die Schwelle zu diesen Angeboten niedrig ist. Deshalb ist Information ein zentrales Merkmal von Präventionsaktivitäten. Ein nächster Schritt, der Empowermentprozessen vorgelagert ist, ist die Bewusstseinsbildung. Auf der Grundlage von Informationen können Einzelpersonen und Gruppen dabei unterstützt werden, sich ihrer persönlichen Situation gewahr zu werden, einschließlich Benachteiligungen, Formen der Ausgrenzung oder Stigmatisierung.

Ad 2.: Dialog bedeutet, dass Menschen die Möglichkeit haben, sich in Gruppen zusammenzufinden und miteinander in Kontakt zu treten. Dies ist ein erster Schritt zu einem tieferen Verständnis von struktureller Ausgrenzung. Empowerment ist das Konzept, das den Dialog integriert und zur Suche nach gemeinsamen Lösungen führt.

Ad 3.: Mitsprache und Partizipation sind ausdrücklich auf die politische Debatte ausgerichtet. Diese kann auf lokaler Ebene stattfinden, etwa wenn es um Fragen der Lebenswelten von Jugendlichen geht. Während sich Dialog auf den Ausdruck von Bedürfnissen bezieht, geht Mitsprache darüber hinaus und verweist auf die (öffentliche) Artikulation konkreter Interessen.

Ad 4.: Vernetzung und soziales Kapital beziehen sich auf den Aufbau von Beziehungen zu aktiven Akteurinnen und Akteuren, die für die Adressaten von Präventionsmaßnahmen relevant sind. Dieser Typus kann die anderen drei Typen ergänzen und verstärken.

Wir werden im Folgenden drei Maßnahmen anhand dieses Schemas einordnen und dann daraufhin analysieren, auf welche

Weise sie präventiv wirken können und welche Personen angesprochen werden.

### 3. PRÄVENTIONSMASSNAHMEN

#### 3.1 Trick 17, Stuttgart

Das EU-Projekt Innovative Approaches to Urban Security (IcARUS) befasste sich von September 2020 bis August 2024 mit öffentlicher Sicherheit in europäischen Städten. Im Zuge des Projekts entwickelten die Partnerstädte Rotterdam, Nizza, Riga, Lissabon, Turin und Stuttgart in partizipativen Prozessen Maßnahmen, die ihren spezifischen Sicherheitsbedarfen nachkommen sollten. Die Maßnahmen wurden im Frühjahr 2024 in einer Pilotphase durchgeführt und evaluiert. Die Stuttgarter Maßnahme trägt den Titel Trick 17. Sie wurde gemeinsam von der Kommunalen Kriminalprävention, einer Stabsstelle der Stadt Stuttgart, und dem Verein Inside-Out e.V. erarbeitet. Eine Sensibilisierung für das Thema Extremismus kam mit der sogenannten „Krawallnacht“ im Stadtzentrum im Juni 2020 während der Corona-Lockdowns auf. 400 bis 500 Jugendliche waren von ihrem Treffpunkt im Stadtpark, der wegen der Versammlungsverbote aufgelöst worden war, ins Zentrum gezogen und beschädigten Schaufenster, plünderten Geschäfte und griffen Polizei und Rettungskräfte an.<sup>4</sup> Dabei handelte es sich zwar nicht um politisch motivierte, anti-demokratische, extremistische Handlungen, dennoch sieht die Stadt hier ein Potenzial für Radikalisierung unter Jugendlichen.

Bei Trick 17 handelt es sich vordergründig um eine Zaubershow, die allerdings darauf abzielt, ein jugendliches Publikum zur Reflexion anzuregen. Zunächst tritt ein Magier<sup>5</sup> vor Jugendlichen auf und unterhält sie mit Zaubertricks. Im April 2024 wurden zwei Vorführungen realisiert: eine vor der Schulklasse einer Berufsschule

mit etwa dreißig 16- bis 18-Jährigen, eine weitere im öffentlichen Raum vor einer Shopping-Mall in unmittelbarer Nähe des Stuttgarter Stadtzentrums. Bei diesem zweiten Durchgang versammelten sich etwa zwanzig jugendliche Passanten und Passantinnen.

Zunächst strebt der Magier danach, die Jugendlichen für sich zu gewinnen, indem er Freiwilligen einen Geldbetrag als Gewinn verspricht, wenn sie – ähnlich wie beim Hütchenspiel – auf den richtigen Behälter tippen. Bereits bei diesem „Trick“ beginnt er, sie zu provozieren. Er vermittelt dabei gezielt, dass Männer besser mit Geld umgehen können als Frauen. Diesen Effekt erzielt er, indem er bei den männlichen Jugendlichen absichtsvoll einen höheren Geldbetrag aus dem gewählten Hütchen zieht als bei den weiblichen. Bei den Zuschauerinnen und Zuschauern hat diese Provokation üblicherweise einen irritierenden Effekt. Bei den Probedurchgängen nahmen sie die sexistischen Äußerungen allerdings mit Humor und beteiligten sich ohne große Einwände an der weiteren Aufführung – immerhin hatten einige von ihnen einen 5-Euro-Schein gewinnen können. Im Lauf der folgenden Tricks wiederholt der Magier immer wieder solche provokativen Äußerungen – teils sexistisch, teils rassistisch –, die bei den Jugendlichen zunehmend zu Irritation und Abwehr führen. Der Magier legt dabei ein gewisses Feingefühl an den Tag und geht nie so weit, dass er sein Publikum gänzlich gegen sich aufbringen würde. Nach etwa einer Viertelstunde unterbricht er abrupt das Programm und spricht die Jugendlichen direkt an. Er folgt damit einem Verfremdungseffekt, wie er aus Bertolt Brechts epischem Theater bekannt ist (vgl. Lamberth/Dingeldey 2023, 53). Nach dem Bruch macht der Magier dem Publikum klar, dass die Aufführung einen Zweck verfolgte. Er spricht die Jugendlichen auf

seine abwertenden, irritierenden Äußerungen an und fragt sie, wie es ihnen damit erging. Das Ziel der Reflexion liegt darin, die Jugendlichen darauf hinzuweisen, dass sie verhältnismäßig einfach verführt und manipuliert werden können. Im nächsten Schritt erklärt er ihnen, dass extremistische Rekrutierende es genau darauf anlegen, Jugendliche mit falschen Versprechen zu erreichen und für ihre Sache zu gewinnen. Gerade das Erleben „am eigenen Leib“ im Zuge der paradoxen Intervention ermöglicht es den Jugendlichen, ein tieferes Bewusstsein für solche Rekrutierungsmethoden zu gewinnen. Abschließend macht der Magier auf den Instagram-Auftritt von Trick 17 aufmerksam und lädt sie dazu ein, diesem zu folgen.<sup>6</sup> Dort finden sich Videos von Auftritten oder Informationen über das demokratische System und verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten. In Zukunft sollen die Auftritte von eigens geschulten Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern begleitet werden, die mit dem jugendlichen Publikum in weitere, vertiefende Gespräche treten können.

In der Präventionstypologie ist Trick 17 zunächst auf der Ebene von Information und Bewusstseinsbildung einzuordnen. Während der Durchführung des Zauberprogramms erleben die Zuschauerinnen und Zuschauer unmittelbar, wie Manipulation wirkt und auf welche Weise sie selbst dafür anfällig sind. Der Magier kann durch die Reflexion unmittelbar Informationen über Rekrutierungsversuche vermitteln und über den Instagram-Auftritt sind weitere Informationen über demokratisches Miteinander, Rassismus oder eine Liste von Jugendhäusern und ähnlichem zugänglich. Schaffen der Magier oder anwesende Sozialarbeiterinnen und -arbeiter es, in den Dialog mit anwesenden Jugendlichen zu kommen, so findet die Maßnahme auch auf der Stufe von Dialog und Empowerment statt. Hier ist der Austausch

mit Jugendlichen und die Möglichkeit, ihre Werte, Befürchtungen oder Interessen in Erfahrung zu bringen, wichtig.

Trick 17 spricht Adressatinnen und Adressaten an, die in erster Linie zur stillen Mitte bzw. zu potenziellen Joiners gehören. Das primäre Ziel von Trick 17 liegt darin, sie gegen Anwerbende bzw. Pusher zu immunisieren. Trick 17 ist geeignet, Resilienz zu fördern, da es Jugendlichen dabei hilft, sich gegen Anwerbe- und Manipulationsversuche zu wenden. Dadurch wird die Gemeinschaft von innen heraus gestärkt.

### 3.2 Streusalz, Salzburg<sup>7</sup>

In Salzburg wurde im Jahr 2009 das Projekt Streusalz eingeführt,<sup>8</sup> das Jugendlichen in neun Salzburger Bezirken eine Vielzahl unterschiedlicher Aktivitäten anbietet, die darauf abzielen, diejenigen Jugendlichen, die nie oder selten ein Jugendhaus aufsuchen, zu erreichen und mit ihnen an ihren alltäglichen Problemstellungen zu arbeiten. Auf gesellschaftlicher Ebene stehen der Zusammenhalt der Stadtteile und die Prävention von Delinquenz oder Radikalisierung im Mittelpunkt der Intervention. Für jeden Bezirk gibt es einen Streusalz-Mitarbeiter oder eine -Mitarbeiterin (in den meisten Fällen eine professionelle Sozialarbeiterin bzw. Sozialarbeiter), die eng mit Jugendorganisationen (z.B. Jugendzentren) sowie mit relevanten Institutionen wie Sportvereinen, Bewohnerservicestellen, Schulen usw. zusammenarbeiten. Sie haben ein Büro in den örtlichen Jugendzentren, werden aber direkt von der städtischen Sozialabteilung finanziert. Oft arbeiten sie auch im Betrieb ihres Jugendzentrums mit, sodass sie zugleich in dieser Einrichtung und mobil, in der Nachbarschaft, arbeiten. Hier bieten sie ein breites Programm für die Jugendlichen an: Sie gehen schwimmen oder skaten, sie organisieren Fußballturniere oder

Graffiti-Workshops. Diese Aktivitäten sind in verschiedener Hinsicht wertvoll. Sie können den Jugendlichen als sichere Räume dienen, die es ihnen erlauben, sich offen auszudrücken; sie sind ein Mittel, um Verbindung zwischen Sozialarbeiterinnen bzw. Sozialarbeitern und Jugendlichen zu schaffen und vertrauensvolle Beziehungen aufzubauen. Ein Beispiel für einen solchen sicheren Raum, der von Streusalz umgesetzt wird, sind die sogenannten „Mädchentreffs“. Die Sozialarbeiterin trifft sich regelmäßig mit den Mädchen ihres Stadtteils in einer Sporthalle, wo die Mädchen in einem vertrauensvollen Umfeld miteinander reden können. Die Mädchen können hier die Sportart wählen, die sie mögen. Der Sport wird dadurch zum Medium, das die Beziehungsarbeit fördert (vgl. Ansen 2009; vgl. Gahleitner 2017). Während eines Interviews im Zuge der Evaluation von Streusalz entwickelten einige der interviewten Mädchen die Idee eines Rugby-Workshops. Die Sozialarbeiterin, die ebenfalls anwesend war, griff den Vorschlag sofort auf und begann einen Trainer zu organisieren. Diese kurze Sequenz spiegelt ein wesentliches Element erfolgreicher aufsuchender Jugendarbeit bzw. primärpräventiver Maßnahmen wider: Sie sollten so partizipativ wie möglich sein. Die „innere Demokratie“ (Keupp et al. 2002, 88) der Angebote ist ein wichtiger Faktor.

Ein weiteres entscheidendes Element in der aufsuchenden Jugendarbeit sind längerfristige Beziehungen zu den Jugendlichen, die Beziehungsarbeit (vgl. Ansen 2009; vgl. Gahleitner 2017) ermöglichen. Eine Besonderheit dieser Intervention besteht darin, dass die Jugendlichen nach und nach ihre Bedürfnisse artikulieren können, wenn sie sich mit ihrer Sozialarbeiterin bzw. ihrem Sozialarbeiter und in der Umgebung sicher fühlen. Dies ist die Grundlage, die es ihnen im Folgenden ermöglicht, auch ihre Interessen zu arti-

kulieren und schließlich in einem lokalen (politischen) Umfeld zu kommunizieren.

Unter den Typen von primärpräventiven Maßnahmen gehört Streusalz zum Typ Dialog und Empowerment, da der stete, längerfristige Kontakt die Beziehung zu Jugendlichen fördert, die häufig nicht in das Jugendzentrum kommen. Diese Beziehungen lassen es zu, dass Jugendliche Vertrauen in die Jugendarbeiterinnen und -arbeiter fassen und ihnen von ihren alltäglichen Nöten und Erfahrungen berichten. Die Interviews, die im Zuge der Evaluation der Maßnahme geführt wurden, zeigen, dass Jugendliche in einem nächsten Schritt dazu motiviert („empowert“) werden können, auch über ihre Interessen zu reden und diese auch öffentlich, z.B. gegenüber Stakeholdern im Stadtteil, zu artikulieren lernen.

Wesentlich ist auch die Förderung des Miteinanders von heterogenen Jugendgruppen. Gerade dieses fördert die soziale Resilienz der Gruppe. Ein zweites Moment, das resilienzfördernd wirkt, ist die Ermutigung, sich politisch zu beteiligen. Zwar ist dieses Ziel für Streusalz eher hoch angesetzt, aber gerade das Vertrauen, das Jugendliche zu ihren Betreuerinnen und Betreuern fassen, gekoppelt mit den Angeboten im Stadtteil, ermöglicht es ihnen, sich mit ihren Interessen im Stadtteil zu beteiligen. Unabhängig von der realen Umsetzung einer solchen Beteiligung („Output“) ist die konzeptuell angelegte Förderung von Beteiligung („Input“) ein wesentliches Element, das es erlaubt, die Jugendlichen als politische Subjekte zu adressieren.

### 3.3 Jugendrat, Toulouse

In der Metropolregion Toulouse gibt es seit einigen Jahren einen Jugendrat. Dieser wurde im Rahmen des von der EU/Horizon 2020 geförderten Projekts Partnership Against Radicalisation in the Cities wis-

senschaftlich begleitet und evaluiert. Er trägt zur Information und Bewusstseinsbildung, zum Dialog und zur Partizipation und Mitsprache bei.

Der Jugendrat wird vom Bürgermeisteramt von Toulouse initiiert und durchgeführt. Zielgruppe sind junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren, die in Toulouse arbeiten oder studieren. An dem im Projektrahmen zwischen September 2017 und Juli 2018 analysierten Rat nahmen 60 Personen teil. Es gab regelmäßige Treffen einmal im Monat. Die Sitzungen fanden häufig im Kapitol statt, was dem Rat eine höhere Relevanz und Legitimität verleihen sollte. An der Rekrutierungskampagne waren verschiedene Dienststellen der Stadtverwaltung oder des Rathauses und 100 Partnerorganisationen (Schulen, Vereine usw.) beteiligt.

Hauptziel dieses Instruments ist die Einbeziehung junger Menschen aus Toulouse, die über relevante Themen diskutieren und ihre Meinung in die Kommunalpolitik einbringen können. Am Ende des Zeitraums stellen die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer ihre Arbeit den gewählten Abgeordneten vor, insbesondere jenen, die für den jeweiligen Politikbereich in der Stadt zuständig sind.

Der Jugendrat ist eine Chance, die politischen Kompetenzen junger Menschen zu stärken. Damit trägt er zur Primärprävention bei, denn Demokratie-Erfahrungen und Einblicke in die reale Politik erhöhen das Vertrauen in die Institutionen der Demokratie und stärken somit die demokratische Resilienz.

Es geht also darum, die partizipative Demokratie unter Jugendlichen zu fördern. Da der Kontakt zu gewählten Abgeordneten integraler Bestandteil des Erfolgs ist, ist eine intensive Beteiligung der Politik sehr wichtig. Der Dialog mit den Jugendlichen verleiht deren Arbeit einen höheren Wert, die notwendige Resonanz und Wert-

schätzung. Inwiefern die Maßnahme als Erfolg im Bereich der Primärprävention bewertet werden kann, hängt von verschiedenen Faktoren ab, unter anderem von der Anzahl der teilnehmenden Jugendlichen und ihrer Diversität – im Sinne sozioökonomischer Verhältnisse, aber auch in Hinblick auf ihre Herkunft, ihre Religion und selbstverständlich des Geschlechts. Die besten Effekte sind zu erwarten, wenn die Wohn-Gesellschaft einer Stadt unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gut abgebildet ist. In Toulouse setzten sich die Organisatorinnen und Organisatoren das Ziel, einen mindestens 20-prozentigen Anteil von Jugendlichen aus sogenannten Schwerpunktvierteln zu erreichen, also aus Stadtteilen, die sozio-ökonomisch als schwierig gelten, eine höhere Arbeitslosigkeit, einen geringeren formalen Bildungsgrad oder eine höhere Kriminalität aufweisen. Nur dann können sie ihre Wirkung als Primärpräventionsmaßnahmen auch voll entfalten.

Jugendräte und andere Beteiligungsformate haben nicht in erster Linie und nicht ausschließlich die Prävention von Kriminalität oder Extremismus zum Ziel. Sie sind für Demokratien von allgemeinem Wert, stärken aber auch die Resilienz der Jugendlichen. Mittlerweile haben viele Städte und Regionen in Europa ähnliche Instrumente eingeführt. Oft kämpfen sie mit Problemen bei der Diversität der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, aber mittlerweile gibt es bewährte Wege, diese zu erhöhen. Dazu gehören die Anwendung einfacher Sprache in den Anschreiben und Einladungsbriefen oder die Einbeziehung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern bei der Umsetzung.

Präventiv wirken diese Maßnahmen also dadurch, dass sie demokratische Kompetenzen und Selbstwirksamkeit fördern und damit zur Resilienz der Bürgerinnen und Bürger beitragen – auch jener, die ansonsten wenig Kontakt zu Politik,

geringere Beteiligungs- und Bildungschancen haben. Wird in solchen Jugendräten über Sicherheitsfragen oder über Extremismus im engeren Sinne gesprochen, was unter einer professionellen Organisation, Moderation und Begleitung durchaus möglich ist, dann ist der Impact für Primärprävention noch konkreter. Da Jugendräte unmittelbar auf politische Beteiligung abzielen, zählen sie zum Typ Mitsprache und Partizipation. Sie gehen damit also einen Schritt weiter als die ersten beiden Interventionsformen, die sich auf der Ebene der Bewusstseinsbildung bzw. des Empowerment abspielten.

Die genannten Maßnahmen fanden im Kontext von Präventionsprojekten statt und sollen die Resilienz junger Menschen stärken, sie widerstandsfähiger gegenüber Extremismus und anderen anti-demokratischen Tendenzen machen. Unsere Evaluationen zeigten dabei, dass es eine hohe Zufriedenheit mit den Prozessen gab. Die Möglichkeit zu partizipieren, ernst genommen zu werden und die Stimme erheben zu können, stärkte das Gefühl der Selbstwirksamkeit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Ihre Resilienz gegenüber manipulativen Strategien und autoritären Verführungen profitiert von diesen Maßnahmen und stärkt die Demokratie insgesamt, auch wenn es keine Garantie gibt, dass diese Effekte für immer währen oder keine/r der Teilnehmerinnen und Teilnehmer jemals kriminell oder anti-demokratisch agieren wird.

#### **4. ALLGEMEINE SCHLÜSSE FÜR RESILIENZ-FÖRDERNDE PRÄVENTIVE ANGEBOTE**

Sicherheitspolitik im Bereich des politischen Extremismus braucht beides: polizeiliche Prävention im engeren Sinne sowie eine Stärkung der sozialen und demokratischen Resilienz durch inklusive Beteiligungsprojekte und Bildungsmaßnahmen. Die Vernetzung zwischen den verschiedenen Akteurinnen und Akteuren der Prävention ist dabei ein wichtiges Tool. Polizei und Sozialarbeit, Pädagoginnen und Pädagogen, Abgeordnete und Beamte sowie zivilgesellschaftlich Engagierte können wichtige Beiträge liefern und sich gegenseitig unterstützen. Die Stärkung der Resilienz gegenüber anti-demokratischen, extremistischen Phänomenen und Personen ist eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe, für die der Staat und seine Organe verantwortlich sind. Gerade die inklusive und partizipative Arbeit mit jungen Menschen kann dazu beitragen, ihr Vertrauen in die Gesellschaft und ihre Selbstwirksamkeit zu fördern. Besondere Zielgruppe sind Jugendliche, die zur stillen Mitte (vgl. Brandsma 2017) gehören, also solche, die nicht extremistisch-ideologisch gefestigt sind und damit eine Mehrheit unter den Jugendlichen insgesamt darstellen. Die vier Formen von inklusiver Beteiligung können bei politischer Bewusstseinsbildung und Information beginnen, Dialog und Empowerment fördern oder Partizipation und Mitsprache ermöglichen sowie zur Vernetzung und zu Sozialkapital beitragen. Sie tragen zur Widerstandsfähigkeit von Individuen gegenüber gefährlichen Phänomenen wie Manipulation, Radikalisierung oder gewaltbereitem Extremismus bei.

- <sup>1</sup> <https://efus.eu/topics/project-practices-partnership-against-violent-radicalisation-in-cities/> (10.01.2025).
- <sup>2</sup> <https://metropole.toulouse.fr/rad2citizen-en> (10.01.2025).
- <sup>3</sup> <https://www.icarus-innovation.eu/> (10.01.2025).
- <sup>4</sup> <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/stuttgart/krawallnacht-stuttgart-randale-jugendarbeit-waffenverbotszone-videoueberwachung-jugendliche-100.html> (10.01.2025).
- <sup>5</sup> Gemeint ist damit der Stuttgarter Magier Eyup, der für Trick 17 auftrat, Online: <https://eyup.de/> (10.01.2025). Da Trick 17 einem genauen Drehbuch folgt, ist die Person des Magiers, der Magierin austauschbar. Dennoch stellte sich die Entscheidung für Eyup als glücklich heraus: Er war früher Polizist, hat also ein gutes Verständnis von Sicherheitsthemen, zugleich agierte er während der Probedurchgänge von Trick 17 ausgesprochen feinfühlig in Hinblick auf die potenziellen Vulnerabilitäten seines jungen Publikums.
- <sup>6</sup> <https://www.instagram.com/trick17stuttgart/> (10.01.2025).
- <sup>7</sup> <https://www.stadt-salzburg.at/index.php?id=52685> (10.01.2025).
- <sup>8</sup> <https://www.stadt-salzburg.at/index.php?id=59172> (10.01.2025).

### Quellenangaben

- Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2022). *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*, Berlin.
- Ansen, Harald (2009). *Beziehung als Methode in der Sozialen Arbeit. Ein Widerspruch in sich?*, *Soziale Arbeit* (10), 381–389.
- Armborst, Andreas et al. (2018). *Evaluation in der Radikalisierungsprävention. Ansätze und Kontroversen*, PRIF Report 11/2018, Frankfurt a.M.
- Benjamin, Saija et al. (2021). *The threshold of adversity: resilience and the prevention of extremism through education*, *Nordic Stud Educ*, 41 (3), 201–218, Online: <https://doi.org/10.23865/nse.v41.2593> (28.02.2025).
- Berner, Heiko (2022). *The Prevention of Extremism and the Role of Safety: Essay on a Well-Balanced Relationship Between Social Work and Law Enforcement*, *European Journal for Security Research*, Online: <https://doi.org/10.1007/s41125-022-00082-y> (28.02.2025).
- Berner, Heiko/Pausch, Markus (2020). *Handbook for Inclusive Democracy and Empowerment at Local Level*, Toulouse.
- BMI [Bundesministerium für Inneres] (2018). *Bundesweites Netzwerk Extremismusprävention und Deradikalisierung. Österreichische Strategie Extremismusprävention und Deradikalisierung*, Wien, Online [https://www.dsn.gv.at/501/files/Praevention/767\\_Strategie\\_Extremismuspraevention\\_und\\_Deradikalisierung\\_publication\\_210x297mm\\_DE\\_WEB\\_20190115.pdf](https://www.dsn.gv.at/501/files/Praevention/767_Strategie_Extremismuspraevention_und_Deradikalisierung_publication_210x297mm_DE_WEB_20190115.pdf) (10.01.2025).
- Bouzar, Dounia (2017). *A Novel Motivation-based Conceptual Framework for Disengagement and De-radicalization Programs*, *Sociology and Anthropology*, 5 (8), 600–614, Online: DOI: 10.13189/sa.2017.050804 (25.02.2025).
- Brandsma, Bart (2017). *Polarisation. Understanding the Dynamics of Us Versus Them*, Amsterdam, Online: <https://santasado.com/agency/pdf/brandsma-polarisatie-sample.pdf> (28.02.2025).
- Bruns, Lucia (2022). *Jung, männlich, ostdeutsch, gewalttätig?*, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 72 (49–50), 39–45.
- Caplan, Gerald (1964). *Principles of Preventive Psychiatry*, New York.
- Daase, Christopher (2010). *Wandel der Sicherheitskultur*, *Aus Politik und Zeitgeschichte* (50), 9–16.
- Fischer, Susanne (2021). *Versicherheitlichung. Einführung in ein vielschichtiges Konzept*, in: Ligante, *Fachdebatten aus der Präventionsarbeit* (4), BAG RelEx (Hg.), *Zur Sicherheit: Prävention?*, Berlin, 11–16.
- Gahleitner, Silke Birgitta (2017). *Soziale Arbeit als Beziehungsprofession. Bindung, Beziehung und Einbettung professionell ermöglichen*, Weinheim/Basel.
- Gordon, Robert S. (1983). *An operational classification of disease prevention*, *Public Health*

- Reports* (98), 107–109.
- Hamm Robert J. (2021) *Sicherheitshalber Prävention. Zu den Auswirkungen des Sicherheitsdiskurses auf zivilgesellschaftliche Träger in der Prävention gegen religiös begründeten Extremismus* (4), in: Ligante, Fachdebatten aus der Präventionsarbeit (4), BAG RelEx (Hg.), *Zur Sicherheit: Prävention?*, Berlin, 23–25.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2003). *Sicherheit. Das Leitbild beherrschbarer Komplexität*, in: Lessenich, Stephan (Hg.), *Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse, Theorie und Gesellschaft* (52), Frankfurt/New York, 73–104, Online: <https://zeitgeschichte-digital.de/doks/frontdoor/index/index/year/2014/docId/156> (28.02.2025).
- Keupp, Heiner et al. (2002). *Entwicklungslinien der Empowerment-Perspektive in der Zivilgesellschaft*, in: Lenz, Albert/Stark, Wolfgang (Hg.), *Empowerment. Neue Perspektiven für psychosoziale Praxis und Organisation. Fortschritte der Gemeindepsychologie und Gesundheitsförderung* (10), Tübingen, 77–99.
- Krafeld, Franz Josef (1993). *Jugendarbeit mit rechten Jugendszenen. Konzeptionelle Grundlagen und praktische Erfahrungen*, in: Otto, Hans-Uwe/Merten, Roland (Hg.), *Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland*, Opladen/Bonn, 310–318.
- Lamberth, Annabell/Dingeldey, Philip (2023). *Von der Entfremdung zur Verfremdung. Das epische Theater zwischen Kunst und Marxscher Sozialtheorie*, *Soziologiemagazin* 16 (1), (Heft 27), 41–64.
- Merkel, Wolfgang (2024). *Demokratische Resilienz als Konzept*, in: Nida-Rümelin, Julian et al. (Hg.), *Normative Konstituenzen der Demokratie*, Berlin/Boston, 341–358.
- Neumann, Peter (2013). *Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus*, *Aus Politik und Zeitgeschichte* 63 (29–31), 3–10.
- Pausch, Markus (2021). *Strukturelle, kommunikative und edukative Depolarisierung: Wege zur Stärkung der Demokratie*, *Konfliktdynamik* 10 (4), 272–279.
- Schils, Nele/Verhage, Antoinette (2017). *Understanding how and why young people enter radical or violent extremist groups*, *International Journal of Conflict and Violence (IJCV)* (11), a473–a473.
- Stephens, William et al. (2021). *Preventing violent extremism: a review of the literature*, *Studies in Conflict & Terrorism* (44), 346–361, Online: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1057610X.2018.1543144> (25.02.2025).
- Terras, Melody M. et al. (2019). *The challenges of safety and community integration for vulnerable individuals*, *Safety* 5 (4), 85, in: Chliaoutakis, Johannes (Ed.), *Special Issue, Social Safety and Security*, 40–57.
- UN [United Nations] (1948). *The Universal Declaration of Human Rights*, Online: <https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/2021/03/udhr.pdf> (10.01.2025).